

Währungsunion Affront gegen Merkel

EU-Währungskommissar Pierre Moscovici kommt wegen einer Beschlussvorlage der französischen Sozialisten unter Druck. In dem Papier für ihren Kongress Anfang Juni fordert die Partei von Frankreichs Staatspräsident François Hollande, Schulden, die über der Schwelle von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen, zu vergemeinschaften. Zudem heißt es darin, die Regeln des Stabilitätspakts müssten „geschmeidiger gestaltet“, ein Teil der Zukunftsinvestitionen bei „der Berechnung des Defizits ausgenommen“ werden. Mosco-



Moscovici

vici zählt zu den Erstunterzeichnern des Antrags, der sich in weiten Teilen wie eine Kampfansage an die Europapolitik von Kanzlerin Merkel liest. „Eine Konfrontation mit der europäischen Rechten, vor allem der deutschen CDU/CSU drängt sich auf“, heißt es darin ausdrücklich. In der EU-Kommission ist Moscovici als Währungskommissar eigentlich für die Einhaltung der Regeln des Stabilitätspakts zuständig. Entsprechend heftig fällt die Kritik an seinem parteipolitischen Engagement aus. „Es ist ein ungeheurer Vorgang, dass ein Mitglied der EU-Kommission dermaßen in der Parteipolitik mitmischt“, sagt Herbert Reul, Chef der Abgeordneten von CDU und CSU im Europaparlament. „Das Papier der Sozialisten öffnet dem Schuldenmachen Tür und Tor – und ausgerechnet der EU-Währungskommissar macht mit.“ mp



Gesundheit

Strengere Regeln für Chefarzt-Boni

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) will die Regeln zur Begrenzung von Chefarztboni verschärfen. Dadurch möchte er verhindern, dass Bonuszahlungen einen Anreiz bieten, den Klinikertag durch zusätzliche Operationen zu steigern. So sollen alle Zielvereinbarungen ausgeschlossen werden, „welche die Unabhängigkeit der medizinischen Entscheidungen beeinflussen“, heißt es im Entwurf zum neuen Klinikreformgesetz. Schon im Februar 2013 hatte die Große Koalition festgeschrie-

ben, dass Krankenhäuser ihren Medizinern keine Prämien mehr für eine bestimmte Anzahl an Eingriffen versprechen sollen. Allerdings war die Regel nach Erkenntnissen der Ärzteschaft oft umgangen worden: Viele Kliniken stellten die Operationsbonuszahlungen für Führungskräfte einfach auf andere Messgrößen um. „Es kann nicht hingenommen werden, dass geltende Vorschriften durch fragwürdige Zielvereinbarungen in Chefarztverträgen unterlaufen werden“, sagt Gröhe. cos

Parlament

„Steuermittel nicht zweckentfremden“



Der Verfassungsrechtler **Hans Herbert von Arnim**, 75, über die PR-Arbeit der Bundestagsfraktionen und seine

Klage vor dem Bundesverfassungsgericht

SPIEGEL: Der Rechnungshof hat in einem vertraulichen Bericht in 67 Fällen die Öffentlichkeitsarbeit der Bundestagsfraktionen kritisiert (SPIEGEL 18/2015). Warum dürfen Fraktionen ihre Parteien nicht mit Broschüren oder Werbeanzeigen unterstützen?
Arnim: Solche Ausgaben verstoßen gegen das Abgeord-

neten- und das Parteiengesetz. Die Fraktionen dürfen Steuermittel nicht für Parteiaufgaben zweckentfremden.

SPIEGEL: Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) prüft zurzeit die beanstandeten Maßnahmen aus den Jahren 1999 bis 2006. Welche Strafen drohen den Parteien?
Arnim: Die Bundestagsverwaltung kann innerhalb von zehn Jahren Sanktionszahlungen verhängen, in Höhe des Dreifachen der verbotenen Zuwendung. Strafrechtliche Konsequenzen, etwa wegen Untreue, dürften wegen der geltenden fünfjährigen Verjährungsfrist nicht mehr möglich sein. Ich wundere mich allerdings, warum die Prüfung so viele Jahre gedauert hat.

SPIEGEL: Sie vertreten derzeit eine Klage der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) vor dem Bundesverfassungsgericht. Darin kritisieren Sie auch die PR-Maßnahmen der Fraktionen.

Arnim: Ja. Ich halte, gestützt auf Urteile des Bundesverfassungsgerichts, die hohen Bewilligungen für die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen für verfassungswidrig. Da die Bürger nicht zwischen Fraktion und Partei unterscheiden, wird unter anderem das Recht auf Chancengleichheit von kleineren Parteien wie der ÖDP verletzt. Auch die Mittel für parteinahe Stiftungen und Abgeordnetenmitarbeiter sind oftmals eine verdeckte Form der Parteienfinanzierung.

Interview: Sven Becker, Sven Röbel